

Deutschlands Außenpolitik
sechzig Jahre
nach Kriegsende

Das Reich des Guten

Thomas Speckmann

Erhalten haben sie ihn bisher nicht, den Friedenspreis. Dabei hätte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels im Herbst 2003 allen Grund gehabt, Gerhard Schröder und Joschka Fischer zu „ehren“. Denn schließlich waren es der deutsche Bundeskanzler und sein Außenminister gewesen, die sich so energisch gegen einen neuen Krieg am Golf ausgesprochen hatten. Getragen vom Pazifismus des Wahlvolks, waren „Abenteurer“ in Nahost definitiv ausgeschlossen worden. Für einen kurzen Moment im Jahr 2002 schienen Macht und Moral verbrüderet. Existenzielle Fragen der Nation würden in Berlin entschieden „und nirgendwo anders“, schallte es aus dem Kanzleramt Richtung Washington. Deutschland war wieder wer. Doch weder Wirtschafts- noch Fußballwunder wurden dieses Mal gebraucht, um sich erneut ganz oben zu fühlen. Die Ressource Moral war die Karte, auf die man setzte – mit Erfolg an den Wahlurnen.

In Deutschland hat sich ein nationales Selbstbewusstsein gebildet, das nicht mehr auf wirtschaftlicher Stärke, geschweige denn auf militärischer Macht basiert, sondern auf einem Mythos. Die deutsche Geschichte wird auf einen märchenhaften Dreisatz reduziert: Es war einmal ein Land, das hatte den Globus zweimal mit Krieg überzogen, bitter dafür bezahlt und seither nichts als Frieden in die Welt getragen. Seine Einwohner leben in der Vorstellung, die eigene Vergangenheit „bewältigt“ und aus ihr gelernt zu haben. Völker, denen dies in ihren Augen noch

nicht gelungen ist, werden ebenfalls therapiert, ob gefragt oder ungefragt. Dauerpatienten auf der deutschen Couch sind die Amerikaner. Vor allem ihnen gegenüber fühlt sich das Land der Dichter und Denker moralisch überlegen. Bücher, die das Bild eines friedenschaffenden Deutschlands neben das eines kriegslüsternen Amerikas stellen, dominieren die Bestsellerlisten.

Entspricht diese Rollenverteilung der Realität? Zweifel sind angebracht. In einer Welt, in der Krieg auch nach 1945 die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln geblieben ist, sind selbst die geläuterten Deutschen nicht rein von Schuld. Aufgeschreckt vom Völkermord auf dem Balkan, hat sich die deutsche Außenpolitik „normalisiert“. Dass es ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung war, die Bundeswehreinheiten unter NATO-Kommando in den ersten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg geschickt hat, in dem es nach Beendigung der Kampfhandlungen zu Misshandlungen von Häftlingen durch deutsche Soldaten in einem kosovarischen Gefängnis und dementsprechenden Disziplinarverfahren gekommen ist, kann dabei als Ironie der Geschichte gelten.

Die wenige Monate zuvor von der Oppositions- auf die Regierungsbank gewechselte Mannschaft um Gerhard Schröder hatte für den Feldzug gegen Belgrad gekonnt auf der Propaganda-Klavatur gespielt: Der Verteidigungsminister manipulierte die öffentliche Meinung, in-

dem er im Bundestag fälschlich behauptete, die Serben hätten den so genannten Hufeisenplan entwickelt, um ein Genozid an den Albanern zu verüben. Sein Amtskollege aus dem Außenministerium wollte da nicht im Abseits stehen und verglich die „ethnischen Säuberungen“ mit Auschwitz. Seine Worte zeigten doppelte Wirkung: Erst zog Deutschland in den Krieg, dann zwangsweise vor Gericht, um sich gegen die Entschädigungsklagen serbischer Bombenopfer zu verteidigen. Ein Verhalten, das so gar nicht mit der nur vier Jahre später geäußerten Kritik an Washingtons Irak-Propaganda harmonieren will.

„Nachhaltig“ friedlich und eingeschränkt solidarisch

Lieben die Deutschen den Frieden wirklich mehr als die Amerikaner? Seit dem 11. September 2001 kämpft nicht nur das Weiße Haus an vielen Fronten. Auch das Kanzleramt steuert Operationen in fernen Ländern und macht sich dabei zwangsläufig die Hände schmutzig. Enge Kooperationen mit nach westlichem Verständnis wenig demokratischen Regimen wie Tadschikistan und Usbekistan, wo die deutsche Luftwaffe einen Flugplatz zur Versorgung des ISAF-Kontingentes in Kabul unterhält, und der Wissensaustausch des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundeskriminalamtes (BKA) mit arabischen Staaten, die im Kampf gegen islamistische Gruppen nicht vor Folter zurückschrecken, gehören ebenso zum Tagesgeschäft wie Informationslieferungen des Anti-Terror-Verbündeten USA aus den Verhören in der amerikanischen Militärbasis Guantánamo Bay an deutsche Stellen – und dies nicht erst seit Gerhard Schröder das Ende der „Sonderrolle“ Deutschlands verkündet hat.

Schließlich sind die Amerikaner nicht die Einzigen, die heute widerwillig ernten, was sie gesät haben. Auch ihre einst „uningeschränkt solidarischen“ Verbände-

ten in Berlin sind geneigt, ihre jüngste Vergangenheit zu verdrängen. Warum über deutsche Taten in Afghanistan und Tschetschenien diskutieren, wenn man in den Debatten über den alliierten Bombenkrieg und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ selbst in die Rolle des Opfers schlüpfen kann?

Am Hindukusch, wo gemäß der Struck-Doktrin nicht nur der Terror bekämpft, sondern gleich ganz Deutschland verteidigt wird, blicken die Mannen des Ministers auf eine Vergangenheit zurück, die für deutsche Verhältnisse noch recht „unaufgearbeitet“ ist: Zwischen 1979 und 1989 lieferte nicht allein die CIA für drei Milliarden Dollar Waffen an die Mudschaheddin. Auch der BND unterstützte den Kampf gegen die sowjetischen Invasoren. Bundesgrenzschützer der Anti-Terror-Einheit GSG 9 bildeten muslimische Glaubenskrieger aus. Flugzeuge der Bundeswehr brachten Gasmasken, Nachsichtgeräte, Decken und Zelte in die pakistanische Grenzstadt Peschawar. Islamabads Geheimdienst ISI reichte die „Hilfsgüter“ bereitwillig weiter. War dies eine „nachhaltige“ Friedenspolitik, von der in Deutschland seit 1945 so viel die Rede ist? War dies weitsichtiger als die Talibanisierung Afghanistans durch die Vereinigten Staaten?

„Nachhaltig“ war diese Politik auf jeden Fall, freilich unter umgekehrten Vorzeichen. Heute kooperiert der BND mit dem vormaligen Erzfeind Nummer eins, dem KGB-Nachfolger FSB. Die Mudschaheddin gelten nun als gemeinsamer Gegner. Wie die Amerikaner versuchen die Deutschen, die Geister zu vertreiben, die sie einst riefen. Berlin tauscht mit Moskau Informationen über das Geflecht aus internationalem Drogenhandel, Waffengeschäften und Terrorzellen aus, zu dessen Zentrum Afghanistan nach 1989 geworden war.

Doch nicht in Kabul verläuft die gemeinsame Front. Tschetschenien ist der

Schauplatz, wo BND-Präsident August Hanning den russischen Kollegen zur Hand geht. Schließlich soll es sich bei den islamistischen Freiheitskämpfern im Kaukasus um dieselben Kräfte handeln, die ihren „Dschihad“ auf den Westen ausgedehnt haben. Von Georgien aus operieren Pullachs Agenten, um den tschetschenischen Kämpfern ihre Rückzugsräume abzuschneiden. Äußerungen aus Berlin, bei den deutsch-russischen Regierungskonsultationen gehe es auch immer um die Situation in Grosny, erscheinen da in völlig neuem Licht.

Politische Rückendeckung erhalten die Bundesnachrichtendienstler im Kaukasus direkt aus dem Kanzleramt. Gerhard Schröder ist Wladimir Putin in bester Erinnerung wegen seines Appells aus dem Jahr 2001. Damals forderte der Kanzler, in Bezug auf Tschetschenien müsse die Völkergemeinschaft „zu einer differenzierteren Bewertung“ kommen. Eine neue Form von OSZE, die auch Russlands Gelassenheit gegenüber der östlich erweiterten NATO erklären könnte, wirft die „nachhaltige“ Außenpolitik der Kalten Krieger doch eine reiche Friedensdividende ab – für beide Seiten.

Im Fall Irak erscheint Deutschland hingegen so friedvoll, wie es nach außen wirken möchte. Doch haben sich die Deutschen wirklich nicht am „Abenteuer“ in Nahost beteiligt? Zwar hat sich die Bundesregierung deutlich gegen einen Krieg am Golf ausgesprochen und damit viele Sympathien in der internationalen Friedensbewegung erlangt, aber dem „Nein“ zum Waffengang folgten keine Taten. Im Gegenteil: Joschka Fischer verkündete im Dezember 2002, ein Angriff auf Bagdad sei auf Grundlage der UN-Resolution 1441 zulässig.

Ein Großteil der kriegsrelevanten Transporte lief über Häfen und Flugplätze in Deutschland. Frankfurt Airbase, Ramstein und Spangdahlem waren zentrale Umschlagplätze der alliierten Lo-

Ein deutscher Militärkonvoi mit „Leopard“-Panzern an der Spitze wartet am 12. Juni 1999 an der mazedonisch-jugoslawischen Grenze auf den Marschbefehl.

© dpa, Foto: Licovski



gistik. Von Frankfurt gingen zeitweise bis zu sechzig Verbindungen am Tag nach Qatar. Den Vereinigten Staaten und Großbritannien wurden die Überflugrechte und die Nutzung von Militärbasen in Deutschland nicht verweigert. Aus Geilenkirchen starteten fast täglich AWACS-Aufklärungsflugzeuge, um die Luftoperationen über dem Kampfgebiet zu steuern. 2700 Bundeswehrsoldaten bewachten amerikanische Kasernen und ersetzten damit an den Golf abkommandierte US-Truppen. Von privaten und öffentlichen Anlegern bediente Staatsanleihen in dreistelliger Milliardenhöhe rundeten die Hilfe für Washington ab. Von der bequemen Heimatfront aus beteiligte sich Deutschland erneut an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der weder die UN-Charta noch die Genfer Konventionen achtete.

Ein „deutscher Weg“ im Sinne Bushs

Warum dann aber die offizielle Zurückhaltung im Zweistromland? Kein anderer

Staat hat Bagdad bei seinem Waffenprogramm mehr geholfen als die Bundesrepublik. Ob Raketen, Giftgas oder Atom-bombe, deutsche Firmen lieferten un-befangen. Der Staat hielt sie nicht „nachhaltig“ auf. Nun sucht Washington sowohl nach den Hinterlassenschaften dieser Ge-schäfte als auch nach freiwilligen Helfern für den Wiederaufbau des abtrünnigen Schützlings. Berlin könnte den amerika-nischen Bodentruppen kundige Pfadfin-der und erfahrene Bautrupps zur Verfü-gung stellen. Schließlich ist „Nation Build-ing“ die Kernkompetenz der kampfschwachen Bundeswehr. Ein „deutscher Weg“, den selbst George W. Bush begrü-ßen dürfte.

Hinter dem deutschen „Nein“ an Lon-don und Washington steht nicht eine frie-densorientierte Außenpolitik. Zum einen war die temporäre Antikriegshaltung der Bundesregierung innenpolitischen Pro-blemen geschuldet. Selten waren sich der Kanzler und sein Volk so nah gewesen. Das Resultat dieser „Achse des Guten“: ein knapper Sieg an den Wahlurnen für die rot-grüne Koalition. Zum anderen er-laubte die in Berlin geäußerte Empörung über Washingtons Kriegskurs, von einer außenpolitischen Schlappe des Export-weltmeisters abzulenken. Denn wie bei ihrem ersten Feldzug gegen Saddam Hussein hatten die USA auch dieses Mal für Deutschland lediglich eine Statisten-rolle vorgesehen und deutsche Wirt-schaftsinteressen im Irak unberücksich-tigt gelassen.

Den Preis für diese herbe Niederlage zahlt Berlin auf zweierlei Weise: Anders als die Türkei, die nicht nur „Nein“ zum Krieg sagte, sondern mit ihrer starren Haltung auch den amerikanischen Auf-marschplan gehörig durcheinander wir-belte, können die Bundesregierung und ihre „Koalition der Unwilligen“ nur noch indirekt Einfluss auf die Entwicklung zwi-schen Euphrat und Tigris nehmen. Das klägliche Ergebnis ihrer diplomatischen

Bemühungen um eine neue Irak-Resolu-tion nach dem Waffengang spricht eine klare Sprache. Nun, da es weder einen in-nen- noch einen außenpolitischen Profit versprach, vor den Vereinten Nationen „Nein“ zu sagen oder sich zu enthalten, segnete Deutschland den angloamerika-nischen Krieg im Nachhinein ab. Und während sich Ankara diesen Kurswechsel mit großzügigen Spenden aus dem Wei-ßen Haus versüßen ließ und den türki-schen Einfluss im Irak mit seinen im kur-dischen Grenzgebiet stationierten Trup-pen zu sichern weiß, versucht das Kanz-leramt, die Amerikaner in Afghanistan zu entlasten – ein Ablasshandel auf eigene Kosten und Risiko.

Welche Folgen das erweiterte Engage-ment beispielsweise in Kundus haben wird, ist fraglich. Doch lassen die bisher-igen Erfahrungen am Hindukusch opti-mistische Prognosen kaum zu. Vielmehr ist davon auszugehen, dass das deutsche Aufbauteam und seine kleine Schar leicht bewaffneter Beschützer zwischen die Fronten der verfeindeten Warlords gera-ten werden, solltensie etwa versuchen, den florierenden Opiumanbau und Rausch-gifthandel in der Region zu unterbinden. Wie in Kabul ist die Bundeswehr auch hier im Ernstfall auf den militärischen Beistand der Amerikaner angewiesen. Damit es da-zu erst gar nicht kommt, wird man sich mit den lokalen Kriegsherren zu arrangieren wissen. Ein Schreckensszenario: Um sich selbst zu schützen, arbeiten deutsche Sol-daten Hand in Hand mit Drogenbaronen, deren Geschäfte wiederum in Deutsch-land von BKA und Bundesgrenzschutz be-kämpft werden.

Der Wille und die Fähigkeit, „nachhaltige“ Friedenspolitik zu betreiben, klaffen nicht nur in Afghanistan weit auseinan-der. Wie wenig dem Bundeskanzler und seinem Vize die selbst gewählte Rolle des Friedentifters in der politischen Praxis be-hagt, haben die letzten Auslandsreisen von Gerhard Schröder und Joschka Fischer

gezeigt. Menschenrechtsfragen, einst das Steckenpferd rot-grüner Oppositionspolitik, sind im Regierungsalltag fast verschwunden oder werden, wie im Fall China, dem Bundespräsidenten überlassen.

Diplomatie und Geschäft

Dort jedoch, wo Milliarden-Deals der deutschen Wirtschaft abgeschlossen werden, stehen nicht die Interessen unterdrückter Minderheiten, sondern die der Deutschland AG im Vordergrund. Kritik an der russischen Vergewaltigung des tschetschenischen Volkes findet sich nicht auf der Agenda 2010. „Kein Blut für Erdgas“ fehlt auf den Plakaten der friedensbewegten Deutschen. Wie Washington verknüpft Berlin erfolgreich Diplomatie und Geschäft. Auch der Bundeskanzler ist zum ersten Handlungsreisenden seines Staates geworden.

Anstatt diese Entwicklung zu sehen und zu begreifen, geben sich nicht zuletzt die Deutschen empfänglich für einen Anti-amerikanismus, der auch weite Teile ihrer Medienlandschaft durchdrungen hat. Auf einer Tagung des American Institute for Contemporary German Studies hat das Bonner Forschungsinstitut „Medien Tenor“ Anfang Januar 2004 in Washington eine Analyse der Fernsehberichterstattung über den Irak vor und nach dem Krieg vorgestellt, die ein erschreckendes Bild von der Stellung deutscher Journalisten zu den Vereinigten Staaten vermittelt.

Die Entscheidungen in den täglichen Redaktionskonferenzen der öffentlich-rechtlichen wie privaten Sender scheinen tief sitzenden anti-amerikanischen Klischees zu folgen. Denn die Tendenz in der Themenauswahl ist an Deutlichkeit nicht zu überbieten: Terror, Chaos und Not beherrschen das Bild. Den spürbaren Erfolgen im Wiederaufbau sind seit der Befreiung des Irak lediglich zwei Prozent aller in deutschen TV-Nachrichten ausgestrahlten Informationen gewidmet worden. So verwundert es kaum, dass im Feuilleton einer großen überregionalen Tageszeitung aus dem Süden Deutschlands unlängst die nationalsozialistische Besatzungspolitik in der Sowjetunion mit der amerikanischen Vorgehensweise im Irak verglichen worden ist, ohne zumindest die politischen Zielrichtungen der beiden Feldzüge zu unterscheiden.

Den Worten von Susan Sontag in der Frankfurter Paulskirche ist im Herbst 2003 nicht nur der amerikanische Botschafter in Deutschland ferngeblieben: Weder der Bundespräsident noch der Bundeskanzler, noch der Bundesaußenminister fanden Zeit für die Bush-Kritikerin. Ein Verhalten, das der Tradition des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels widerspricht. Ein Verhalten, das vor Augen führt, wie es um den Mythos vom friedliebenden Deutschland steht. Ein Verhalten, das vom politischen Kurs der Abwesenden zeugt. Denn erhalten haben sie ihn bisher nicht, den Frieden.

Katastrophen und Konsequenzen

„Die Erinnerung darf aber nicht allein durch die Katastrophen, sondern muss auch durch die Erinnerung daran geprägt werden, welche Konsequenzen aus ihnen gezogen worden sind.“

Horst Möller am 26. Januar 2005 im Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.